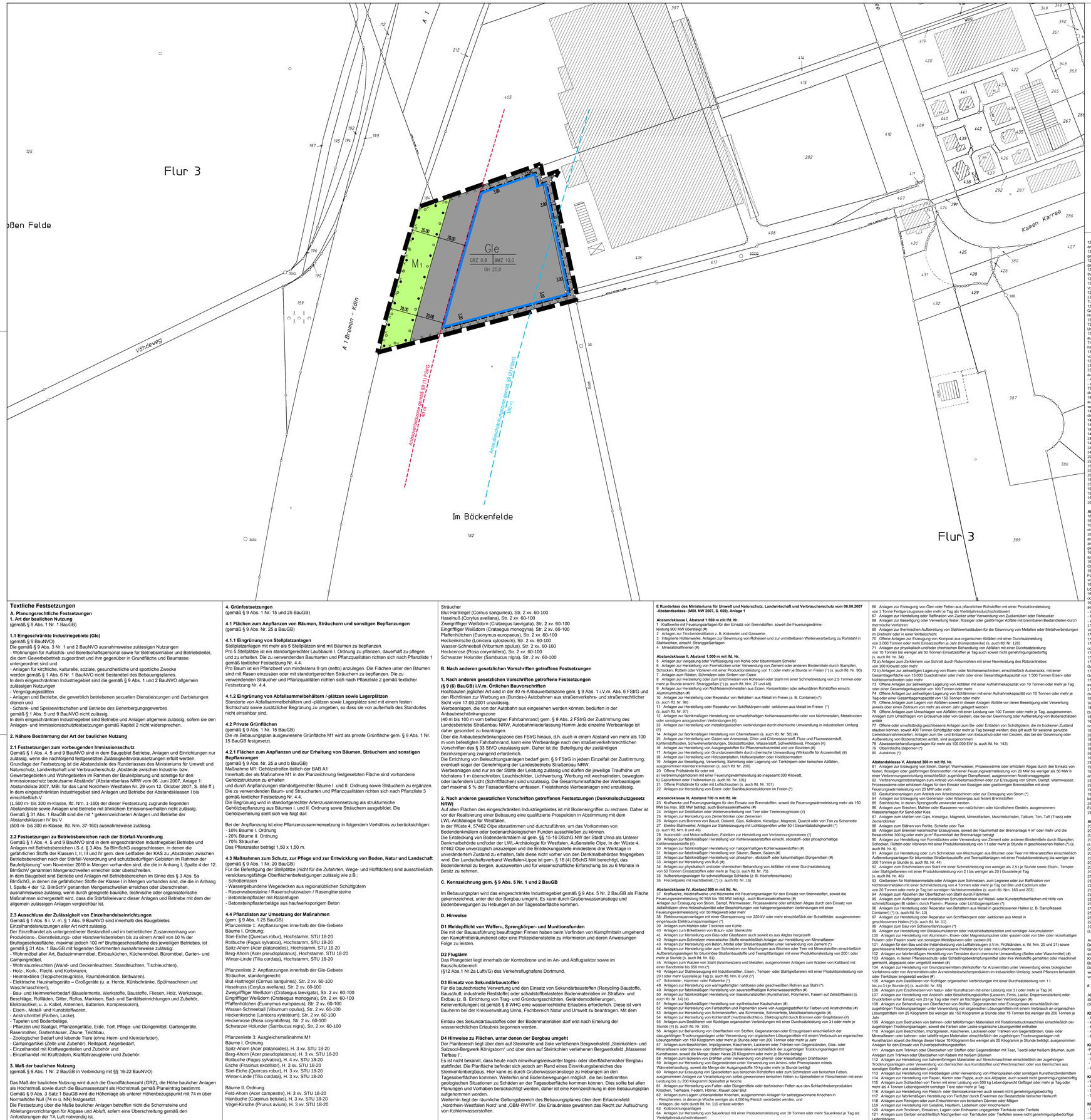

PLANZEICHENERKLÄRUNG

I. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

Art der Nutzung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1, 12, 15 BauGB)

Gle — eingeschränkte Industriegebiete

Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

private Grünfläche

Maß der baulichen Nutzung

GRZ 0,8 — Grundflächenzahl

BMZ 10,0 — Baumassenzahl

GH 20,0 — Gebäudehöhe als Höchstmaß in Metern

überbaubare Grundstücksflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)

Baugrenze

Planung, Nutzungsregelung, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)

Flächen zum Anpflanzen und zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

M 1 — Bezeichnung von Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege gemäß LPB / Umweltbericht

II. sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Kennzeichnung der Flächen, unter denen der Bergbau umgeht (§ 9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB)

Anbauverbotszone gemäß §9 (1) FStrG

Anbaubeschränkungszone gemäß §9 (2) FStrG

123 Anlagen zur Herstellung von Hefe oder Stärkemehlen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne oder mehr Hefe oder Stärkemehlen je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
124 Anlagen zum Rösten oder Mahlen von Kaffee oder Abpacken von gemahlenem Kaffee mit einer Produktionsleistung von 0,5 Tonnen gerösteten Kaffee oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
125 Anlagen zum Rösten von Kaffee-Ersatzprodukten, Getreide, Kakaobohnen oder Nüssen mit einer Produktionsleistung von 1 Tonne gerösteten Erzeugnissen oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
126 Anlagen zur Herstellung von Süßwaren oder Sirup, zur Herstellung von Lakritz, zur Herstellung von Kakaomasse aus Rohkakao, sowie zur thermischen Veredelung von Kakao- oder Schokoladenmasse auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
127 Sortieranlagen für Hausmüll mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen Einsatzstoffen oder mehr je Tag
128 Geschlossene Anlagen zur Erzeugung von Kompost aus organischen Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 3.000 Tonnen oder mehr Einsatzstoffen je Jahr (s. auch lfd. Nr. 70)
129 Geschlossene Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
130 Anlagen zur Behandlung von verunreinigtem Boden durch biologische Verfahren, Entgasen, Strippen oder Waschen mit einem Einsatz von 1 Tonne verunreinigten Boden oder mehr je Tag
131 Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Eisen- oder Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerfläche von 1.000 Quadratmeter bis weniger als 15.000 Quadratmeter oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen bis weniger als 1.500 Tonnen Eisen- oder Nichteisenschrotten
132 Anlagen zur sonstigen Behandlung von Abfällen mit einer Durchsatzleistung von 1 Tonne oder mehr je Tag
133 Geschlossene Anlagen zum Umschlagen von Abfällen mit einer Leistung von 100 Tonnen oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt
134 Anlagen, die der Lagerung von brennbaren Gasen in Behältern mit einem Fassungsvermögen von 3 Tonnen oder mehr dienen, ausgenommen Erdgasröhrenspeicher sowie Anlagen zum Lagern von brennbaren Gasen oder Erzeugnissen, die brennbar Gase z. B. als Treibmittel oder Brenngas enthalten, soweit es sich um Einzelbehältnisse mit einem Volumen von jeweils nicht mehr als 1.000 Kubikzentimeter handelt (*)(#)
135 Anlagen, die der Lagerung von brennbaren Flüssigkeiten in Behältern mit einem Fassungsvermögen von 5.000 Tonnen oder mehr dienen (*)(#)
136 Anlagen zur Lagerung von Gülle mit einem Fassungsvermögen von 2.500 Kubikmetern oder mehr
137 Anlagen, die der Lagerung von chemischen Erzeugnissen mit 25.000 Tonnen oder mehr dienen (*)(#)
138 Anlagen zum Vulkanisieren von Natur- oder Synthesekautschuk unter Verwendung von Schwefel oder Schwefelverbindungen, ausgenommen Anlagen, in denen
- weniger als 50 kg Kautschuk je Stunde verarbeitet werden oder
- ausschließlich vorvulkanisierter Kautschuk eingesetzt wird (s. auch lfd. Nr. 221)
139 Offene Anlagen mit schalltechnisch optimierten gasbetriebenen Karts, die an 5 Tagen oder mehr je Jahr der Ausübung des Motorsports dienen (Kart-Bahnen)
140 Anlagen zur Innenreinigung von Eisenbahnkesselwagen, Straßentankfahrzeugen, Tankschiffen oder Tankcontainern sowie Anlagen zur automatischen Reinigung von Fässern einschließlich zugehöriger Aufarbeitungsanlagen, soweit die Behälter von organischen Stoffen gereinigt werden
141 Anlagen zur Textilveredlung durch Sengen, Thermofixieren, Thermosolieren, Beschichten, Imprägnieren oder Appretieren, einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
142 Kälteanlagen mit einem Gesamtinhalt an Kältemitteln von 3 t Ammoniak oder mehr (*)(#)
143 Abwasserbehandlungsanlagen bis einschließlich 100.000 EW (s. auch lfd. Nr. 78)
144 Oberirdische Deponien für Inert- und Mineralstoffe
145 Säge-, Furnier- oder Schälwerke (*)
146 Anlagen zur Gewinnung oder Aufbereitung von Sand, Bims, Kies, Ton oder Lehm
147 Anlagen zur Herstellung von Kalksandsteinen, Gasbetonsteinen oder Faserzementplatten unter Dampfüberdruck
148 Anlagen zur Herstellung von Bauelementen oder in Serien gefertigten Holzbauten
149 Emaillieranlagen
150 Presswerke (*)
151 Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen in geschlossenen Hallen (*)
152 Stab- oder Drahtziehereien (*)
153 Schwermaschinenbau
154 Anlagen zur Herstellung von Wellpappe (*)
155 Ausstellerzulagerlager für Tiefkühlkost (*)
156 Margarine oder Kunstspeisefettfabriken
157 Betriebshöfe für Straßenbahnen (*)
158 Betriebshöfe der Müllabfuhr oder der Straßendienste (*)
159 Speditionen aller Art sowie Betriebe zum Umschlag großerer Gütermengen (*)
160 Freizeitparks ohne Nachtbetrieb (*) (s. auch lfd. Nr. 36)

Abstandsklasse VI, Abstand 200 m mit lfd. Nr.
161 Anlagen zum Säurepolieren oder Mattätzen von Glas oder Glaswaren unter Verwendung von Flusssäure
162 Anlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse, soweit der Rauminhalt der Brennanlage 4 m³ oder mehr oder die Besatzdichte mehr als 100 kg/m³ und weniger als 300 kg/m³ Rauminhalt der Brennanlage beträgt, ausgenommen elektrisch beheizte Brennöfen, die diskontinuierlich und ohne Abluftführung betrieben werden
163 Anlagen zum Schmelzen, zum Legieren oder zur Raffination von Nichteisenmetallen mit einer Schmelzleistung von 0,5 Tonnen bis weniger als 4 Tonnen je Tag bei Blei und Cadmium oder von 2 Tonnen bis weniger als 20 Tonnen je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen (auch soweit durch besondere Wahl emissionsarmer Schmelzaggregate nicht genehmigungsbedürftig) (s. auch lfd. Nrn. 93 und 203)
164 Gießereien für Nichteisenmetalle soweit 0,5 Tonnen bis weniger als 4 Tonnen je Tag bei Blei und Cadmium oder von 2 Tonnen bis weniger als 20 Tonnen je Tag bei sonstigen Nichteisenmetallen abgegossen werden
165 Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Metallen oder Kunststoffen durch ein elektrolytisches oder chemisches Verfahren zur Oberflächenbehandlung von Metallen durch Beizen oder Brennen unter Verwendung von Fluss- oder Salpetersäure (#)
166 Anlagen zur Verarbeitung von flüssigen ungesättigten Polyesterharzen mit Styrol-Zusatz oder flüssigen Epoxidharzen mit Aminen zu Formmassen, Formteilen oder Formgegenständen, soweit keine geschlossenen Werkzeuge (Formen) verwendet werden, für eine Harzverarbeitung von 500 kg oder mehr je Woche z. B. Bootsbau, Fahrzeugbau oder Behälterbau
167 Anlagen zur Herstellung von künstlichen Schleifscheiben, -körper, -segmenten oder -gewinden unter Verwendung organischer Binde- oder Lösungsmittel
168 Anlagen zur Herstellung von Polyurethanformteilen, Bauteilen unter Verwendung von Polyurethan, Polyurethanblöcken in Kastenformen oder zum Ausschäumen von Hohlräumen mit Polyurethan, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 200 kg oder mehr je Stunde beträgt
169 Anlagen zum Räuchern von Fleisch- oder Fischwaren mit einer Produktionsleistung von weniger als 75 Tonnen geräucherten Waren je Tag, ausgenommen
- Anlagen in Gaststätten und
- Räuchereien mit einer Räucherleistung von weniger als 1 Tonne Fleisch- oder Fischwaren je Woche und
- Anlagen, bei denen weniger als 90% der Abgase kreislaufartig zurückgeführt werden
170 Anlagen zum Trocknen von Braumalz (Malzdarren) mit einer Produktionsleistung von weniger als 300 Tonnen Darrmalz je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert
171 Brauereien mit einem Ausstoß von 200 Hektoliter Bier oder mehr je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert und (Melasse-) Brennereien
172 Anlagen zur Herstellung von Spielwerkzeugen aus beschern oder pflanzlichen Stoffen unter Verwendung von Säuren
173 Anlagen zur Behandlung oder Verarbeitung von Milch sowie Anlagen mit Sprühtrocknern zum Trocknen von Milch, Erzeugnissen aus Milch oder von Milchtestandteilen, soweit 5 Tonnen Milch oder mehr je Tag als Jahresdurchschnitt eingesetzt werden
174 Anlagen zum Befeuchten von Tabak unter Zuführung von Wärme oder Aromatisieren oder Trocknen von fermentiertem Tabak
175 Verbrennungsmotoren mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 Megawatt oder mehr
176 Geschlossene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen, mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtlagerkapazität von 100 Tonnen oder mehr
177 Geschlossene Anlagen zur zeitweiligen Lagerung von Schlämmen mit einer Aufnahmekapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag oder einer Gesamtkapazität von 150 Tonnen oder mehr
178 Geschlossene Anlagen zum Lagern von Abfällen, soweit in diesen Anlagen Abfälle vor deren Beseitigung oder Verwertung jeweils über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr gelagert werden
179 Anlagen zum Behandeln von Bolzen, Nägeln, Nieten, Schrauben, Stiften, Scheiben, Nägeln, Nadeln oder ähnlichen Normteilen durch Druckumformen auf Automaten sowie Automatendrehereien (*)
182 Anlagen zur Herstellung von kaltgefertigten oder gezogenen Profilen aus Stahl (*)
183 Anlagen zum automatischen Sortieren, Reinigen, Abfüllen oder Verpacken von Flaschen aus Glas mit einer Leistung von 2.500 Flaschen oder mehr je Stunde (*)
184 Maschinenfabriken oder Härtereien
185 Pressereien oder Stanzereien (*)
186 Schrottplätze bis weniger als 1.000 m² Gesamtlagerfläche
187 Anlagen zur Herstellung von Kabeln
188 Anlagen zur Herstellung von Möbeln, Kisten und Paletten aus Holz und sonstigen Holzwaren
189 Zimmereien (*)
190 Lackiereien mit einem Lösungsmittelverbrauch bis weniger als 25 kg/h (z. B. Lohnlackiereien)
191 Flaschenzerlegebetriebe ohne Verarbeitung
192 Anlagen zum Trocknen von Getreide oder Tabak mit einer Leistung von mehr als 10 Tonnen bis weniger als 50 Tonnen Getreide oder Tabak je Stunde
193 Mühlen für Naturgummi, Kautschukmischungen oder Kautschukregenerate mit einer Leistung von mehr als 300 Tonnen Fertigerzeugnissen je Tag als Vierteljahresdurchschnittswert (s. auch lfd. Nr. 65)
194 Brotbäckereien oder Fabriken zur Herstellung von Dauerbackwaren
195 Milchverwertungsanlagen ohne Trockenmilcherzeugung
196 Autobusunternehmen, auch des öffentlichen Personennahverkehrs (*)
197 Anlagen zum Be- oder Entladen von Schienenfahrzeugen, ausgenommen Anlagen, soweit weniger als 400 t Schüttgüter je Tag bewegt werden können
198 Anlagen zur Herstellung von Anstrich- oder Beschichtungsstoffen (Lasuren, Firnis, Lacke, Dispersionsfarben) oder Druckfarben unter Einsatz von bis zu 25 t je Tag an flüchtigen organischen Verbindungen
199 Karl-Anlagen sowie Modellsportanlagen für Sand- oder Kiesbahnen

Abstandsklasse VII, Abstand 100 m mit lfd. Nr.
200 Kleinlederkrematorien (s. auch lfd. Nr. 19)
201 Verbrennungsmotoranlagen für den Einsatz von Altöl oder Deponiegas mit einer Feuerungswärmeleistung bis weniger als 1 Megawatt
202 Anlagen zur Behandlung von Altautos mit einer Durchsatzleistung von 5 Altautos oder mehr je Woche
203 Anlagen zum Schmelzen, zum Legieren oder zur Raffination von Nichteisenmetallen (s. auch lfd. Nrn. 93 und 163)
204 Betriebe zur Herstellung von Fertigerichten (Kantinendienste, Catering-Betriebe)
205 Schlosserei-, Dreherei-, Schweißereien oder Schleifereien
206 Anlagen zur Herstellung von Kunststoffteilen ohne Verwendung von Phenolharzen
207 Autolackierereien, einschl. Karosseriebau, insbesondere zur Beseitigung von Unfallschäden
208 Tischlereien oder Schreinereien
209 Holzpelletieranlagen/-werke in geschlossenen Hallen
210 Steinsägereien, -schleifereien oder -polierereien
211 Tapetenfabriken, die nicht durch lfd. Nrn. 108 und 109 erfasst werden
212 Fabriken zur Herstellung von Lederwaren oder Lederwaren-Handschuhmacherein oder Schuhfabriken
213 Anlagen zur Herstellung von Reißspanstoffen, Industriewaste oder Putzwolle
214 Spinnereien oder Webereien
215 Kleiderfabriken oder Anlagen zur Herstellung von Textilien
216 Großwäschereien oder große chemische Reinigungsanlagen
217 Betriebe des Elektrogerätebaus sowie der spezifischen elektronischen oder feinmechanischen Industrie
218 Bauhöfe
219 Anlagen zur Kraftfahrzeugüberwachung
220 Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten
221 Anlagen zur Rundenbeseurung von Reifen sowie Anlagen mit einer Leistung bis 50 kg je Stunde Kautschuk eingesetzt werden (s. auch lfd. Nr. 138)

Anmerkung:
Bei der in Liste angegebene Abstand ergibt sich bei den mit (*) gekennzeichneten Anlagearten ausschließlich oder weit überwiegend aus Gründen des Lärmschutzes und basiert auf den Geräuschimmissionsrichtwerten zum Schutz reiner Wohngebiete. Der Abstand darf daher um eine Abstandsklasse verringert werden, wenn es sich bei dem zu schützenden Gebiet um ein allgemeines oder besonderes Wohngebiet oder ein Kleinsiedlungsgebiet handelt (gemäß Nr. 2.2.2.4 des RdErl. vom 06.06.2007).
Bei der Anwendung der Abstandsliste zur Festsetzung der Abstände zwischen Industrie- oder Gewerbegebieten einerseits und Misch-, Kern, oder Dorfgebieten andererseits können bei mit (*) gekennzeichneten Betriebsarten die Abstände der übernächsten Abstandsklasse zu Gründe gelegt werden. Falls ein Mindestabstand von 100 m nicht eingehalten werden kann, ist eine Einzelfallprüfung erforderlich (gemäß Nr. 2.2.2.5 des RdErl. vom 06.06.2007).

F Abstandsempfehlung für Betriebsbereiche

Abstandsempfehlungen für die Bauleitplanung gemäß dem Leitfaden der KAS zu „Abstanden zwischen Betrieben nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten in Rahmen der Bauleitplanung
(Stand: November 2010)

Klasse I: Abstand 200 m
- Benzol (DN 50, Brand)
- Propan (DN 50, Explosion)
- Methanol (DN 50, Brand)
- Acrylnitril
- Ethlenoxid

Klasse II: Abstand 500 m
- Fluor
- Fluorwasserstoff
- Ammoniak
- Brom
- Oleum 65 % (Schwefeltrioxid)

Klasse III: Abstand 900 m
- Blausäure, HCN
- Formaldehyd (> 90 %)
- Schwefelwasserstoff
- Schwefeldioxid

Klasse IV: Abstand 1.500 m
- Chlor
- Chlorwasserstoff
- Phosgen (DN 15)
- Acrolein (DN 20)

Textliche Festsetzungen

A. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Eingeschränkte Industriegebiete (Gle)
(gemäß § 9 BauNVO)
Die gemäß § 9 Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen
- Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind und
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

werden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
In dem eingeschränkten Industriegebiet sind die gemäß § 9 Abs. 1 und 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen
- Vergnügungsstätten
- Anlagen und Betriebe, die gewerblich betriebenen sexuellen Dienstleistungen und Darbietungen dienen und
- Schank- und Speisewirtschaften und Betriebe des Beherbergungsgewerbes

gemäß § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO nicht zulässig.
In dem eingeschränkten Industriegebiet sind Betriebe und Anlagen allgemein zulässig, sofern sie den Anlagen- und Immissionsschutzfestsetzungen gemäß Kapitel 2 nicht widersprechen.

2. Nähere Bestimmung der Art der baulichen Nutzung

2.1 Festsetzungen zum vorbeugenden Immissionsschutz
Gemäß § 1 Abs. 4, 5 und 9 BauNVO sind in dem festgesetzt Betriebe, Anlagen und Einrichtungen nur zulässig, wenn die nachfolgend festgesetzten Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt werden.
Grundlage der Festsetzung ist die Abstandsliste des Runderlasses des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz „Abstände zwischen Industrie- bzw. Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung und sonstige für den Immissionsschutz bedeutsame Abstände" (Abstandserlass NRW vom 06. Juni 2007, Anlage 1: Abstandsliste 2007, MBl. für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 29 vom 12. Oktober 2007, S. 659 ff.).
In dem eingeschränkten Industriegebiet sind Anlagen und Betriebe der Abstandsklassen I bis einschließlich V
(1.500 m- bis 300 m-Klasse, lfd. Nrn. 1-160) der dieser Festsetzung zugrunde liegenden Abstandsliste sowie Anlagen und Betriebe mit ähnlichem Emissionsverhalten nicht zulässig.
Gemäß § 31 Abs. 1 BauGB sind die mit " gekennzeichneten Anlagen und Betriebe der Abstandsklassen VI bis V
(500 m- bis 300 m-Klasse, lfd. Nrn. 37-160) ausnahmsweise zulässig.

2.2 Festsetzungen zu Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung
Gemäß § 1 Abs. 4, 5 und 9 BauNVO sind in dem eingeschränkten Industriegebiet Betriebe und Anlagen mit Betriebsbereichen i.S.d. § 3 Abs. 5a BImSchG ausgeschlossen, in denen die gefährlichen Stoffe der Klassen I, II, III und IV gem. dem Leitfaden der KAS zu „Abständen zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung" vom November 2010 in Mengen vorhanden sind, die die in Anhang I, Spalte 4 der 12. BImSchV genannten Mengenschwellen erreichen oder überschreiten.
In dem Baugebiet sind Betriebsbereiche mit Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Abs. 5a BImSchG, in denen die gefährlichen Stoffe der Klasse I in Mengen vorhanden sind, die die in Anhang I, Spalte 4 der 12. BImSchV genannten Mengenschwellen erreichen oder überschreiten, ausnahmsweise zulässig, wenn durch geeignete bauliche, technische und organisatorische Maßnahmen sichergestellt wird, dass die Störfallrelevanz dieser Anlagen und Betriebe mit dem der allgemein zulässigen Anlagen vergleichbar ist.

2.3 Ausschluss der Zulässigkeit von Einzelhandelseinrichtungen
Gemäß § 1 Abs. 5 i. V. m. § 1 Abs. 9 BauNVO sind innerhalb des Baugebietes Einzelhandelsbetriebe aller Art nicht zulässig.
Der Einzelhandel als untergeordneter Bestandteil und im betrieblichen Zusammenhang von Produktions-, Handwerks- oder Handelsbetrieben bis zu einem Anteil von 10 % der Bruttogeschossfläche, maximal jedoch 100 m² Bruttogeschossfläche des jeweiligen Betriebes, ist gemäß § 31 Abs. 1 BauGB mit folgenden Sortimenten ausnahmsweise zulässig:
- Wohnmöbel aller Art, Badezimmermöbel, Einbauküchen, Küchenmöbel, Büromöbel, Garten- und Campingmöbel,
- Wohnraumleuchten (Wand- und Deckenleuchten, Standleuchten, Tischleuchten),
- Holz-, Kork-, Flecht- und Korbwaren,
- Heimtextilien (Teppicherzeugnisse, Raumdekoration, Bettwaren),
- Elektrische Haushaltsgeräte – Großgeräte (u. a. Herde, Kühlschränke, Spülmaschinen und Waschmaschinen),
- Bau- und Heimwerkerbedarf (Bauelemente, Werkstoffe, Baustoffe, Fliesen, Holz, Werkzeuge, Beschläge, Rollläden, Gitter, Rollos, Markisen, Bad- und Sanitäreinrichtungen und Zubehör, Elektroartikel, u. a. Kabel, Antennen, Batterien, Kompressoren),
- Eisen-, Metall- und Kunststoffwaren,
- Anstrichmittel, Farben, Lacke),
- Tapeten und Bodenbeläge,
- Pflanzen und Saatgut, Pflanzengefäße, Erde, Torf, Pflege- und Düngemittel, Gartengeräte, Rasenmäher, Gartenhäuser, Zäune, Teichbau,
- Zoologischer Bedarf und lebende Tiere (ohne Heim- und Kleintiertiter),
- Campingartikel (Zelte und Zubehör), Reitsport, Angelbedarf,
- Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör und
- Einzelhandel mit Krafträdern, Kraftfahrzeugteilen und Zubehör.

3. Maß der baulichen Nutzung
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit §§ 16-22 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ), die Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß sowie durch die Baumassenzahl als Höchstmaß gemäß Planeintrag bestimmt.
Gemäß § 9 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird die Höhenlage als unterer Höhenbezugspunkt mit 74 m über Normalhöhe Null (74 m ü. NN) festgesetzt.
Die Festsetzung über die Maße baulicher Anlagen betreffen nicht die Schornsteine und Ableitungsvorrichtungen für Abgase und Abluft, sofern eine Überschreitung gemäß den Anforderungen der TA Luft notwendig ist.

4. Grünfestsetzungen
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 und 25 BauGB)

4.1 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(gemäß § 9 Abs. Nr. 25 a BauGB)

4.1.1 Eingrünung von Stellplatzanlagen
Stellplatzanlagen mit mehr als 5 Stellplätzen sind mit Bäumen zu bepflanzen.
Pro 5 Stellplätze ist ein standortgerechter Laubbaum I. Ordnung zu pflanzen, dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Die zu verwendenden Baumarten und Pflanzqualitäten richten sich nach Pflanzliste 1 gemäß textlicher Festsetzung Nr. 4.4.
Pro Baum ist ein Pflanzbeet von mindestens 9 qm (netto) anzulegen. Die Flächen unter den Bäumen sind mit Rasen einzusäen oder mit standortgerechten Sträuchern zu bepflanzen. Die zu verwendenden Sträucher und Pflanzqualitäten richten sich nach Pflanzliste 2 gemäß textlicher Festsetzung Nr. 4.4.

4.1.2 Eingrünung von Abfallsammelbehältern /-plätzen sowie Lagerplätzen
Standorte von Abfallsammelbehältern und -plätzen sowie Lagerplätze sind mit einem festen Sichtschutz sowie zusätzlicher Begrünung zu umgeben, so dass sie von außerhalb des Standortes nicht einsehbar sind.

4.2 Private Grünflächen
(gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
Die im Bebauungsplan ausgewiesene Grünfläche M1 wird als private Grünfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB festgesetzt.

4.2.1 Flächen zum Anpflanzen und zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(gemäß § 9 Abs. Nr. 25 a und b BauGB)
Maßnahme M1 ist innerhalb der Stätte der bisherigen Laubsaig und dürfen die jeweilige Traufhöhe um höchstens 1 m überschreiten; Leuchtschilder, Lichtwerbung, Werbung mit wechselndem, bewegtem oder blinkendem Licht (Schriftflächen) sind unzulässig. Die gesamtmurssfläche der Werbeanlagen darf maximal 5 % der Fassadenfläche umfassen. Freistehende Werbeanlagen sind unzulässig.

2. Nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffenen Festsetzungen (Denkmalschutzgesetz NRW)
Auf allen Flächen des eingeschränkten Industriegebietes ist mit Bodeneingriffen zu rechnen. Daher ist vor der Realisierung einer Bebauung eine qualifizierte Prospektion in Abstimmung mit dem LWL-Archäologie für Westfalen,
In der Wüste 4, 57462 Olpe abzustimmen und durchzuführen, um das Vorkommen von Bodendenkmälern oder bodenarchäologischen Funden ausschließen zu können.
Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist gem. §§ 15-16 DSchG NW der Stadt Unna als Unterer Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe, In der Wüste 4, 57462 Olpe unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten, falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist gem. § 16 (4) DSchG NW berechtigt, das Entdeckungsgut bis zu zwei Wochen zu besichtigen und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen.

C. Kennzeichnung gem. § 9 Abs. 5 Nr. 1 und 2 BauGB

Im Bebauungsplan wird das eingeschränkte Industriegebiet gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB als Fläche gekennzeichnet, unter der der Bergbau umgeht. Es kann durch Grubenwasseranstiege und Bodenbewegungen zu Hebungen an der Tagesoberfläche kommen.

D. Hinweise

D1 Meldepflicht von Waffen-, Sprengkörper- und Munitionsfunden
Die mit der Bauausführung beauftragten Firmen haben beim Vorfinden von Kampfmitteln umgehend den Kampfmittelräumdienst oder eine Polizeidienststelle zu informieren und deren Anweisungen Folge zu leisten.

D2 Fluglärm
Das Plangebiet liegt innerhalb der Kontrollzone und im An- und Abflugsektor sowie im Bauschutzbereich
(§12 Abs.1 Nr.2a LuftVG) des Verkehrsflughafens Dortmund.

D3 Einsatz von Sekundärbaustoffen
Für die bautechnische Verwertung und den Einsatz von Sekundärbaustoffen (Recycling-Baustoffe, Baustoff, industrielle Reststoffe) oder schadstoffbelasteten Bodenmaterialien im Straßen- und Erdbau (z. B. Bestimmungen von Trag- und Gründungsschichten, Geländemodellierungen, Kellerverfüllungen) ist gemäß § 8 WHG eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich. Diese ist vom Bauherrn bei der Kreisverwaltung Unna, Naturschutz und Umwelt zu beantragen. Mit dem

Einbau des Sekundärbaustoffes oder der Bodenmaterialien darf erst nach Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis begonnen werden.

D4 Hinweise zu Flächen, unter denen der Bergbau umgeht
Der Planbereich liegt über dem auf Steinkohle und die tieferliegenden Bergwerksfeld „Steinkohlen- und Salzsoolquellen" sowie „Steinkohlen- und Steinsalz" und Steine verliehenen Bergwerksfeld „Massener Tiefbau I".
Es ist nicht bekannt, dass heute noch einwirkungsrelevanter tages- oder oberflächennaher Bergbau stattfindet. Die Planflache befindet sich jedoch am Rand eines Einwirkungsbereiches des Steinkohlenbergbaus. Hier kann es durch Grubenwasseranstiege zu Hebungen an den Tagesoberflächen kommen. Weiterhin sind Bodenbewegungen möglich, die bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche kommen können. Dies sollte bei allen Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden, daher ist eine Kennzeichnung in den Bebauungsplan aufgenommen worden.
Weiterhin liegt der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes über dem Erlaubnisfeld „Nordrhein-Westfalen Nord" und „CBM-RWTH". Die Erlaubnisse gewähren das Recht zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen.

E Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 06.06.2007 -Abstandserlass - (MBl. NW 2007, S. 655), Anlage 1

Abstandsklasse I, Abstand 1.500 m mit lfd. Nr.
1 Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von Brennstoffen, soweit die Feuerungswärmeleistung 300 MW übersteigt (#)
2 Anlagen zur Trockendestillation z. B. Kokereien und Gaswerke
3 Integrierte Hüttenwerke, Anlagen zur Gewinnung von Roheisen und zur unmittelbaren Weiterverarbeitung zu Rohstahl in Stahlwerken, einschl. Stranggießanlagen
4 Mineralölraffinerien (#)

Abstandsklasse II, Abstand 1.000 m mit lfd. Nr.
5 Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Kohle oder bituminösem Schiefer
6 Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Rütteln oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde im Freien (*) (s. auch lfd. Nr. 90)
7 Anlagen zum Rösten, Schmelzen oder Sintern von Erzen
8 Anlagen zur Herstellung von oder zum Erschmelzen von Roheisen oder Stahl mit einer Schmelzleistung von 2,5 Tonnen oder mehr je Stunde einschl. Stranggießen (*) (s. auch lfd. Nrn. 27 und 46)
9 Anlagen zur Herstellung von Nichteisenmetallen aus Erzen, Konzentraten oder sekundären Rohstoffen einschl. Aluminiumhütten (#)
10 Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall im Freien (z. B. Container) (*)
(s. auch lfd. Nr. 96)
11 Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall im Freien (*)
(s. auch lfd. Nr. 97)
12 Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von schwefelhaltigen Kohlenwasserstoffen oder von Nichtmetallen, Metalloxiden oder sonstigen anorganischen Verbindungen (#)
13 Anlagen zur Herstellung von metallorganischen Verbindungen durch chemische Umwandlung in industriellem Umfang (#)
14 Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemiefasern (s. auch lfd. Nr. 50) (#)
15 Anlagen zur Herstellung von Gasen wie Ammoniak, Chlor und Chlorwasserstoff, Fluor und Fluorwasserstoff, Kohlenstoffoxiden, Schwefelverbindungen, Stickstoffoxiden, Wasserstoff, Schwefeldioxid, Phosgen (#)
16 Anlagen zur Herstellung von Ausgangsstoffen für Pflanzenschutzmittel und von Biozíden (#)
17 Anlagen zur Herstellung von Grundarzneimitteln durch chemische Umwandlung (Wirkstoffe für Arzneimittel) (#)
18 Anlagen zur Herstellung von Holzspanplatten, Hollsperrplatten oder Holzfasermatten
19 Anlagen zur Beseitigung, Verwertung, Sammlung oder Lagerung von Tierkörpern oder tierischen Abfällen, ausgenommen Kleinkrematorien (s. auch lfd. Nr. 200)
20 Offene Prüfstände für oder mit Triebwerken, die Stätte der bisherigen Laubsaig und dürfen die jeweilige Traufhöhe um höchstens 1 m überschreiten; Leuchtschilder, Lichtwerbung, Werbung mit wechselndem, bewegtem oder blinkendem Licht (Schriftflächen) sind unzulässig. Die gesamtmurssfläche der Werbeanlagen darf maximal 5 % der Fassadenfläche umfassen. Freistehende Werbeanlagen sind unzulässig.

2. Nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffenen Festsetzungen
(§ 9 (6) BauGB) i.V.m. Örtlichen Bauvorschriften
Hochbauten jeglicher Art sind in der 40 m-Anbauverbotszone gem. § 9 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 FStrG und den Richtlinien zur Wahrung an (Bundes-) Autobahnen aus straßenverkehrs- und straßenrechtlicher Sicht vom 17.09.2001 unzulässig.
Werbeanlagen, die von der Autobahn aus eingesehen werden können, bedürfen in der Anbaubeschränkungszone
(40 m bis 100 m vom befestigten Fahrbahnrand gem. § 9 Abs. 2 FStrG der Zustimmung des Landesbetriebes Straßenbau NRW, Autobahnmeisterlassung Hamm Jede einzelne Werbeanlage ist dabei gesondert zu beantragen.
Über die Anbaubeschränkungszone des FStrG hinaus, d.h. auch in einem Abst